TÜRKEI HEUTE

INFORMATIONEN
DOKUMENTATIONEN ANALYSEN

HERAUSGEBER:

**UNION FÜR
EINE DEMOKRATISCHE
UND FREIE TÜRKEI**

1 Berlin 21, Bandelstr. 1



INHALT

„Die Türkei hat das griechische Modell imitiert, nur ein bißchen raffinierter"



aus: Stern, von 4.7.1971

Die Feinde

Sie sind die Feinde des Tuchwebers Recep aus Bursa,
die Feinde des Monteurs Hasan in den Karabük-Werken,
sie sind die Feinde der armen Bäuerin Hatsche,
die Feinde des Landarbeiters Süleyman.
Sie sind deine Feinde, meine Feinde,
die Feinde jedes denkenden Menschen.
Unser Vaterland, die Heimat all dieser Menschen-
sie sind, Liebste, die Feinde unseres Vaterlandes.

Sie sind die Feinde der Hoffnun, Liebste,
die Feinde des rinnenden Wassers,
des fruchttragenden Baums,
eines wachsenden, schöneren Lebens.
Denn der Tot hat ihre Gesichter gezeichnet
-bröckelnde Zähne, faulendes Fleisch,-
sie werden niederbrechen und vergehen,
um nie wiederzukehren.
Und gewiß, Liebste, ganz gewiß
wird in diesem schönen Land
die Freiheit frei umgehen,
schreitend im herrlichsten Kleid-
im Kleid des Arbeiters.

Nazim Hikmet (Im Gefängnis,1945)

1.DIE ENTWICKLUNG ZUM MILITÄRREGIME

Seit dem 12.3.1971 herrschen in der Türkei die Militärs.Um das Wesen und die Besonderheiten dieser Diktatur zu erklären,muß man die objektiven und die subjektiven Voraussetzungen ihrer Entstehung kurz andeuten.

Die Türkei ist ein rückständiges kapitalistisches Land.Die Entwicklung des Kapitalismus innerhalb des Landes ist sehr unterschiedlich.Auf der einen Seite existiert eine starke Großbourgeoisie, auf der anderen Seite gibt es Gebiete,wo die kapitalistische Produktionsweise noch nicht voll eingedrungen ist.Diese paradoxe Erscheinung ist ein Resultat der ökonomischen und politischen Abhängigkeit der Türkei vom imperialistischen Weltsystem.

60% der 35 Mio. starken Bevölkerung arbeitet in der Landwirtschaft.80% der Nutzfläche wird mit altertümlichen Werkzeugen bearbeitet.Die meisten Bauern haben so wenig Land,daß sie davon nicht leben können.Sie müssen sich als Landarbeiter an die Gutsbesitzer verkaufen,genauso wie diejenigen,die kein Land besitzen. Der durchschnittliche Tagesverdienst eines Bauern beträgt 1o-15 Pf.

Die Entwicklung der spärlichen Industrie wurde insbesondere nach dem 2. Weltkrieg nur innerhalb der Grenzen vorangetrieben, die durch die Profitinteressen der verflochtenen ausländischen und türkischen Kapitalien gesetzt wurden.Sie erfolgte langsam, unkontinuierlich ,planlos und diente nicht der Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung.In der Industrie arbeitet 12% der Bevölkerung.

In der Türkei gibt es1,5 Mio.Arbeitslose.Ihre Zahl steigt saisonweise auf 8 Mio. an.Ein Industriearbeiter verdient durchschnittlich 7 DM am Tag.Er muß für eine einfache Wohnung in den Slums der Großstädte 1oo-15o DM Miete zahlen.Die Lage der arbeitenden Bevölkerung hat sich zunehmend verschlechtert.In den letzten Jahren sind die Löhne und Gehälter um 45% gestiegen,die Preise dagegen um 2oo%.Lehrer und kleine Beamten leben kaum besser als die Industriearbeiter.Ihre Lage zwang 3oo ooo Türken,in der Bundesrepublik zu arbeiten.9oo ooo warten darauf.

Als NATO-Land unterhält die Türkei ein stehendes Heer von 1/2 Mio.Soldaten.Die Militärausgaben betragen 1/3 des Etats.Davon werden auch die 7oo Generäle bezahlt,die zusätzlich Aktieninhaber großer Gesellschaften sind.Die zunehmenden Handelsdefizite des Landes werden mit ausländischen Krediten gedeckt.Die Auslandsverschuldung beträgt mehr als 1/3 des Bruttosozialprodukts.

6o % der Bevölkerung können nicht lesen und schreiben. 15 ooo der 4o ooo Dörfer haben keine Schulen, kein Wasser, kein Licht, keine Straßen.

Nur durch die Änderung der Machtverhältnisse und durch tiefgreifende Umgestaltungen können die Probleme des Landes gelöst werden. Die Verstaatlichung des Außenhandels, der Banken und der Schwerindustrie, die Eindämmung des Einflusses der ausländischen Monopole sowie eine Bodenreform würden die Voraussetzungen für die Konzentration der Ressourcen des Landes auf die planmäßige Entwicklung im Einklang mit den Interessen der großen Mehrheit der Bevölkerung schaffen. Das sind die wichtigsten Forderungen der Arbeiterpartei der Türkei(TIP). Mit ihr kämpften Arbeiter, Bauern, Studenten, Lehrer und kleine Beamten für diese Forderungen, für ihre demokratischen Rechte.

Insbesondere die Arbeiterbewegung entwickelte sich rasch nach der Verabschiedung einer liberalen Verfassung 1961. In 4o Streiks zwischen 1961 und 1963 und in 83 Streiks zwischen 1963 und 1966 forderten die Arbeiter höhere Löhne, mehr Sicherheit am Arbeitsplatz und protestierten gegen Entlassungen und Arbeitslosigkeit. Die Zahl der in Gewerkschaften organisierten Arbeiter wuchs von 25o ooo in 1959 auf 6oo ooo in 1965. Neben der "gelben" Arbeitgebergewerkschaft TÜRK-IŞ ist 1967 die Revolutionäre Gewerkschaftkonföderation DISK entstanden, die nach kurzer Zeit die Mehrheit der organisierten Industriearbeiter als Mitglieder gewann. Als Juni 197o die Regierung ein Gesetz verabschieden wollte, das die freie Wahl der Gewerkschaftszugehörigkeit verhinderte, demonstrierten über 1oo ooo Arbeiter.

Auch die Kämpfe der Bauernschaft gewannen an Stärke und Ausdauer. Landbesetzungen und Demonstrationen bewiesen, daß die Bauern nicht mehr gewillt sind, ihre Lage länger zu akzeptieren. Sie organisierten sich zusammen mit den Arbeitern zunehmend in der Arbeiterpartei der Türkei.

Auch Lehrer und kleine Beamten setzen sich für demokratische Reformen ein. Dezember 1969 beteiligte sich 9o % der über 12o ooo Mitglieder der beiden Lehrergewerkschaften TÖS und TLK-SEN an einem einwöchigen Streik. Im Juni 197o protestierten zehntausende Beamten gegen ihre unerträglichen Lebensbedingungen.

Die Studentenschaft trat verstärkt in den antiimperialistischen Kampf. Sie forderte die Räumung der 1o1 amerikanischen Stützpunkte, den Austritt aus der NATO, den Abzug der 6. US-Flotte, die Nationalisierung des Erdöls, sowie Studien-und Hochschulre-

formen.Sie protestierte gegen die Armut und das Elend des Volkes.

Die herrschende Regierung der "Gerechtigkeitspartei",der Partei der Großbourgeoisie,konnte den wachsenden Forderungen der Massen nichts anderes entgegensetzen als Terror.Dabei bediente sie sich vielfältiger Mitteln.Ihre Hauptinstrumente waren die türkische Geheimpolizei MIT,die in enger Zusammenarbeit mit CIA vorging; die "Gemeinschaftspolizei",die speziell für soziale Auseinandersetzungen gedrillt wurde;die faschistischen Kommandotruppen der extrem nationalistischer Partei des Obersten Türkeş und die islamisch-fanatischen Schlägertruppen.Diese organisierten Überfälle auf die Büros der Arbeiterpartei,der Lehrergewerkschaft und der Studentenorganisationen,auf die Buchhandlungen und Verlage,demolierten die Einrichtungen und legten Brände.Innerhalb von drei Jahren wurden über 3o Arbeiter und Studenten auf der Straße,in Wohnheimen,in der Universität hinterhältig umgebracht.Die Mörder wurden nicht ermittelt.Eine weitere Variante in der Unterdrückung der demokratischen und sozialistischen Opposition bestand in ihrer Desorganisierung durch die Agenten von MIT und CIA.Diese konnten leichter in der Studentenbewegung operieren.Sie unterstützten die latent vorhandenen anarchistischen Tendenzen,führten einen Teil der Studenten zu Aktionen,die ihn von der Masse der Studentenschaft und der Bevölkerung isolieren mußten,peitschten diese Aktionen an und organisierten selber ähnliche.Die Folge war eine Schwächung der demokratischen Bewegung insgesamt.

Innerhalb der bürgerlichen Klasse vollzog sich ebenfalls eine Differenzierung.Die Macht konzentrierte sich immer mehr in den Händen der Teile der Großbourgeoisie,deren Interessen mit denen des ausländischen Monopolkapitals identisch sind.Fragen des Anschlusses an die EWG,der Abwertung der türkischen Währung,der Steuer-,Preis- und Kreditpolitik führten zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen diesen und der mittleren Bourgeoisie Anatoliens, dem Wucher- und Handelskapital und den Gutsbesitzern.Ausdruck dieser Gegensätze war die Spaltung der Gerechtigkeitspartei,deren Mehrheit im Parlament dadurch auf 2 Sitze zurückging,und neue Parteigründungen.Die Unfähigkeit der Gerechtigkeitspartei,die sich offenbarte,wurde durch die Korruption ihrer Führung unterstrichen.

Als die ausländischen Monopole ihre Profite und die Positionen der NATO bedroht sahen,gaben sie den Militärs grünes Licht. Der nationale Sicherheitsrat bestimmte immer stärker die politischen Entscheidungen mit.Ihm gehören u.a. die drei Kommandanten der Streitkräfte und der Generalstabschef an.Sie reisten Anfang 1971 in die U.S.A.,um ihre weitere Strategie zu beraten.Am 12.3.

zwangen sie die Demirel-Regierung zurückzutreten,und setzten eine Marionettenregierung ein.Osman Olcay,der Stellvertreter des Generalsekretärs der NATO,wurde zum Außenminister;Koçaş,ein Ex-Oberst,wurde Stellvertreter des Ministerpräsidenten für Verwaltungsangelegenheiten; Attila Karaosmanoğlu,der ein wichtiges Amt bei der Weltbank bekleidete, wurde zum Stellvertreter des Ministerpräsidenten für Wirtschaftsangelegenheiten.Die Verhängung des Kriegsrechts am 28.4.71 erfolgte aus Anlaß des Besuchs des US-Außenministers Rogers in der Türkei. Am 11.5.71 besuchte der Stellvertreter desUS-Verteidigungsministers das Land.Die erste außenpolitische Initiative des Militärregimes war der Plan einer Föderation mit dem faschistischen Griechenland.Kürzlich beantwortete der türkische Innenminister eine Frage der Journalisten, wie er den baldigen Besuch des CIA-Chefs in der Türkei erkläre,mit dem Hinweis,daß es natürlich sei,wenn die Geheimdienste befreundeter Länder zusammenarbeiten würden.

Die Vorbereitung und die Inszenierung der Militärdiktatur,sowie ihre Akteure zeigen deutliche Zusammenhänge mit ihrer Funktion innerhalb der imperialistischen Globalstrategie im östlichen Mittelmeerraum.Sie war nötig geworden für den Imperialismus, weil die Widersprüche in der bürgerlichen Klasse zunahmen,die Partei der Großbourgeoisie ihre Unfähigkeit erwies und die demokratische und sozialistische Bewegung kontinuierlich erstarkte.Sie wurde möglich, als diese Kontinuität unterbrochen wurde durch sektiererische Haltung einiger Gruppen,die ein einheitliches Vorgehen aller sozialistischen und demokratischen Kräfte verhinderte,Ihrem Wesen,ihrer Ideologie und ihrer Praxis nach ist die Diktatur faschistisch.Sie verfügt aber formal noch über ein Parlament,das unter dem Druck der Panzer die Gesetze der Generäle mehrheitlich billigt.Die politischen Gegner des Regimes sind in Militärkasernen inhaftiert.Die Generäle werden jetzt versuchen,die Arbeiterpartei der Türkei zu verbieten und die Verfassung zu ändern,um ihre Macht nachträglich zu legitimieren,falls es dem demokratischen Widerstand nicht gelingt,diese Macht zurückzudrängen.

2. DAS MEMORANDUM VOM 12. MÄRZ 1971 UND DIE MACHTÜBERNAHME DER GENERÄLE:

Generaloberst: Mehduk Tagmac, Chef des Generalstabes
Generaloberst: Faik Gurler, Kommandant der Landesstreitkräfte
Generaladmiral: Celal Eyicerglu, Kommandant der Seestreitkräfte
Generaloberst: Muhsin Batur, Kommandant der Luftstreitkräfte

haben unter dem Druck fortschrittlicher Offiziere am 12. März ein Momorandum mit gemeinsamer Unterschrift an den Staatspräsidenten Cevdet Sunay und an den Vorsitzenden des Senats und des Parlaments überreicht, deren Inhalt wie folgt lautet:

1. Die Regierung und das Parlament haben durch ihre Haltung, ihre Anschauung und ihr Vorgehen unser Land in Anarchie, Bruderkampf, soziale und wirtschaftliche Unruhe gebracht und das Vertrauen der öffentlichen Meinung verloren, den Stand der modernen Zivilisation zu erreichen, den Ataturk uns als höchstes Ziel gezeigt hatte. Sie haben die Reformen, die die Verfassung vorsieht, nicht verwirklichen können. Aus diesem Grunde ist die Zukunft der türkischen Republik in einen gefährlichen Zustand versetzt worden.

2. Die Bildung einer überparteilichen, starken und vertrauenswürdigen Regierung unter den demokratischen Regeln ist als notwendig gesehen worden, die die Sorge und Verzweiflung der türkischen Nation und ihrer Streitkräfte in diesem kritischen Zustand und die Anarchie beseitigen kann und die Reformen, die die Verfassung vorsieht, mit der Anschauung von Atatürk durchführt.

3. Wenn dies nicht möglichst bald verwirklicht wird, sind die türkischen Streitkräfte fest entschlossen, die Macht zu übernehmen, indem sie ihre Aufgabe erfüllen, die die Gesetze ihnen vorschreiben.

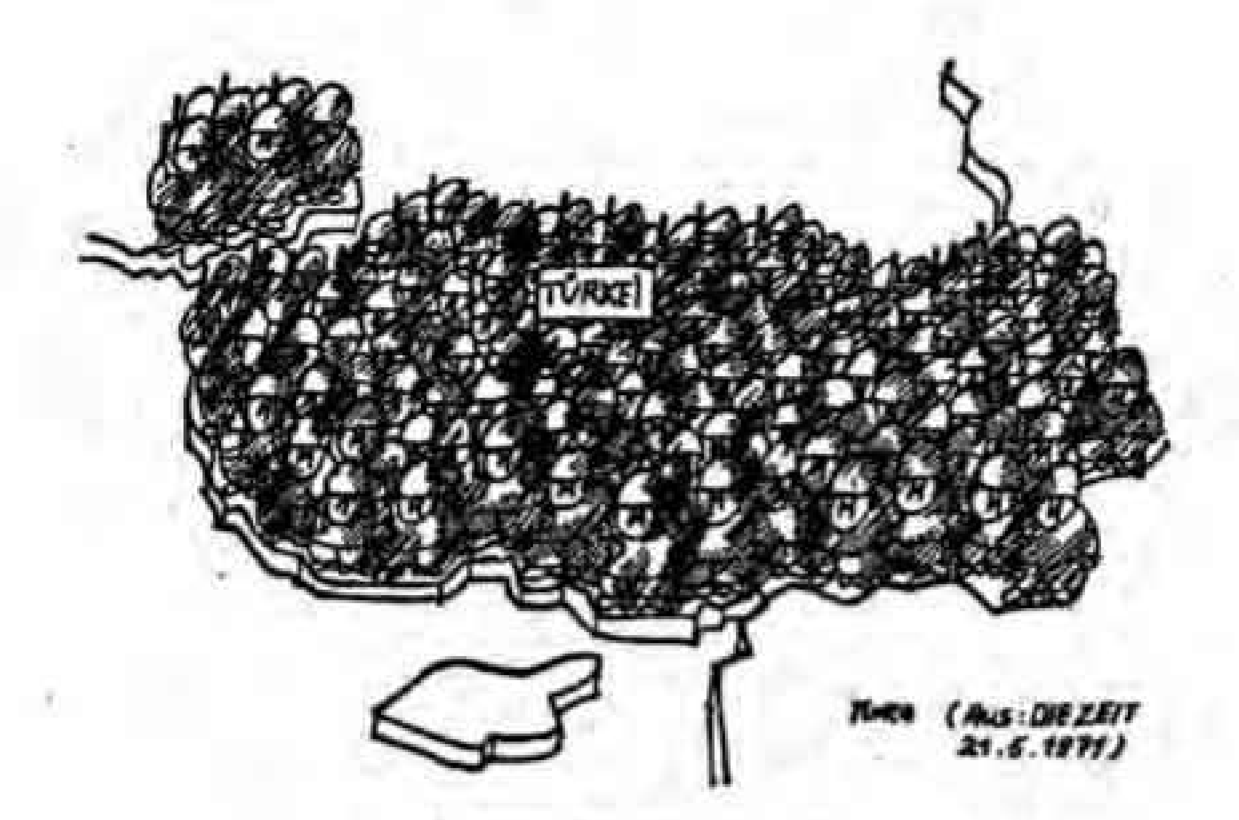
Zu Ihrer Kenntnis

Drei Tage danach wurde eine "Botschaft zur Nation" des Staatspräsidenten Sunay bekanntgegeben:

Liebe Landsleute,
Infolge der Warnung unserer Streitkräfte vom 12. März 71 wegen der seit längerer Zeit stattfindenden Lähmung der Entwicklung der Hauptprobleme unseres Landes und wegen der anarchistischen Ereignisse, die bis heute an verschiedenen Orten vorgefallen sind, hat unsere Republik die kritische Lage, die unseren Staat in eine finstere Sackgasse geführt hatte, überwunden und ist in eine neue Periode eingetreten.

Unsere Streitkräfte, die die geschichtliche Vergangengenheit und bittere Wahrheit unseres Landes sehr gut kennen, haben die Aufgaben, die die Verfassung und das Gesetz Nr. 211 vorschreibt, diesmal auch im Bewußtsein der Reformen von Atatürk erfüllt.

Obwohl es in der türkischen Republik die Fundamente sichernden Gesetze gibt, die den Laizismus und die Kultur und die Einheit unserer Nation und unseres Landes schützen und die darauf zielen, die Qualitäten unserer Republik, ohne in: Reaktion und in Kommunismus zu pervertieren, zu entwickeln, können die Verletzung all dieser und die ernsten Vorfälle



Martialische Geographie

nicht ohne Strafe bleiben.
Die die Ruhe unserer Nationruinierenden Vorfälle, die die Grenzen der Verfassung zertreten, werden sofort beseitigt und ihre Wiederholung verhindert, die von Links- und Rechtsextremisten veranlaßt werden.
Die türkische Republik wurde mit der Verfassung von 1961 beauftragt, die Einheit und das Glück der türkischen Nation zu sichern und die politischen, ökonomischen, sozialen, kulturellen und administrativen Hindernisse, die die soziale Gerechtigkeit und Sicherheit erschweren, zu beseitigen. Um unsere Rückständigkeit in kurzer Zeit aufzuheben, ist es erforderlich, ökonomisches und soziales Leben nach dem Prinzip der Gerechtigkeit zu regeln und das Lebensniveau zu erhöhen.
Auf keiner Ebene der nationalen Erziehung und Ausbildung wurde ein Erfolg erreicht, obwohl die Entwicklung unseres Landes und die Garantie unserer Zukunft von der Ausbildung unserer Nation in Technik und Wissenschaft entsprechend unseren Gewohnheiten und Idealen abhängt.
Die rebellische Jugend, die ideologische Absicht hat, und die immer mehr Zerstörung anrichtet, zwingt uns, realistische und spezifische Programme vorzubereiten und sie konsequent und ernsthaft durchzuführen.
In der Absicht, eine starke überparteiliche Regierung zu bilden, die sofort gebildet werden soll, die vor nichts zurückschreckt und mit starker Hand Ruhe und Ordnung wiederherstellen soll, bitte ich alle Landsleute und Parteien, die türkische Nationalversammlung und die Opposition, unsere Jugend und unsere im Ausland und im Inland tätigen fleißigen Arbeiter, die Tätigkeiten der neuen Regierung zu unterstützen.

Meine Hochachtung
15. 3. 71

3. DAS PROGRAMM DER MARIONETTENREGIERUNG

Der pensionierte General Sunay, Staatsoberhaupt, und die Kommandeure suchten im Parlament den richtigen Mann, der die neue Regierung bilden sollte. Sie haben Prof. Nihat Erim ausgewählt, der im rechten Flügel der republikanischen Volkspartei als Führer der Konservativen gilt. Er ist der stärkste Gegner der progressiven Mitglieder der Partei. **Das Reformen versprechende Memorandum erwirkte in der Öffentlichkeit den Anschein,daß die neue Regierung die Reformen wircklich durchführt.**
In den Zeitung war fast täglich zu lesen, daß die Bodenreform, Verstaatlichung der Bodenschätze, des Erdöls, Staatliche Kontrolle des Außenhandels, neues Ausbildungsgesetz usw. tatsächlich verwirklicht werden. Als aber das Programm vorbereitet war, konnte man das wahre Gesicht des Machtwechsels sehen.
Der Parteisekretär der republikanischen Volkspartei zeigte mit seiner Äußerung die große Enttäuschung der vielen Intellektuellen des Landes. Am 5. April sagt er, daß das Programm der Regierung nur die Forderungen der Nato und EWG, aber nicht dem Interesse des Volkes diene.
Die Industriellen schienen aber recht zufrieden zu sein. Der einzige Milliardär des Landes Vehbi Koc, zeigte seine Zufriedenheit mit folgenden Worten:

> "Damit unsere Industrie in der EWG erhalten bleibt, muß der Staat notwendige Maßnahmen treffen. Wenn die neue Regierung ihr Programm nicht verwirklicht, sind neue Kapitalinvestitionen unmöglich. Ich setze viele Hoffnungen in das Programm und stelle fest, daß Präsident Erim für die großen Probleme des Landes die richtige Lösung gefunden hat. Das neue Programm ist zum Westen orientiert, demokratisch und bringt für unsere Macht große Erleichterungen."

Im Programm stand die staatliche Kontrolle des Außenhandels. Aber darunter ist einzig und allein zu verstehen, daß der gesamte Außenhandel durch die Staatskontrolle in die Hände der Großindustriellen gelingt.

Von der Bodenreform ist nicht mehr die Rede. Inzwischen wurde die Agrarprodukte bis 30% versteuert.

Die Änderungsvorschläge der Wahlen ist auch eine große Überraschung. Nach dem Entwurf sollen nur die Leute wählen, die schreiben und lesen können, also die Ausscheidung der 60% Analphabeten aus der Demokratie.

Die neue Regierung betrachtet die Pressefreiheit als ein Luxus. Alle kritischen Zeitungen, Illustrierten wurden verboten.

"Das Programm der Regierung ist nichts anderes als das der Großbourgeoisie", erklärte die Arbeiterpartei der Türkei.

4. DER AUSNAHMEZUSTAND UND SEINE FOLGEN, DIE UNTERDRÜCKUNG ALLER DEMOKRATISCHEN UND ANTIIMPERIALISTISCHEN KRÄFTE

Die für das Herrschaftssystem, die Militärdiktatur, unbequemen Veröffentlichungen, hunderte von Büchern, Zeitungen, Zeitschriften werden verboten.
Hier einige Beispiele :

Auszug aus der offiziellen Mitteilung des zuständigen Kommandanten im Gebiet Diyarbakir und Siirt unter Nr.5 :
"Wer die Kommunikationsmittel,wie Bücher, Zeitschriften, Zeitungen, Broschüren,die bis heute sowohl in unserem Gebiet als auch in anderen Ausnahmezustandsgebieten verboten sind, besitzt, verkauft,verteilt oder in unser Ausnahmezustandsgebiet einführt, wird laut des Notstandsgesetzes Nr. 3832 behandelt."

Aus Milliyet,vom 29.4.71 :
Mitteilung des zuständigen Kommandanten im Gebiet Istanbul und Umgebung unter Nr. 5 :
" Von den Behörden verbotene Zeitungen,Bücher,Broschüre werden trotz der Mahnungen heimlich verkauft. Die Personen, die die verbotenen Bücher u.s.w. und sie den Behörden nicht aushändigen, werden verhaftet und laut des Notstandsgesetzes Nr. 3832 bestraft."

Faik Türün
Generaloberst
Kommandant der 1. Armee und des Ausnahmezustandes

Aus Ulus,von 29.4.71
In der Mitteilung Nr.2 des Ausnahmezustandskommandanten von Istanbul wird unter anderen das Verbot der Zeitungen Aksam und Cumhuriyet bekanntgegeben.

Keine Ausübung der Grundrechte, die den Generälen nicht passen.
Beispiele :

Mitteilung Nr. 2 im Gebiet Adana und Hatay :
" Jede Versammlung, Kundgebung (ausgenommen sind die Hochzeit,die Elternversammlungen in Schulen) ohne Erlaubnis der Militärbehörden sind verboten.

Vehbi Ergin

Kommandeur
Milliyet,29.April

Mitteilung Nr.4 im Gebiet Ankara und Umgebung:
In Ankara und in der Umgebung werden Personen verhaftet,die den Maßnahmen der Militärbehörde Widerstand leisten.
Mitteilung Nr.5

Der Verkauf von Zeitungen und Illustrierten mit lauter Stimme und Belästigung der Bürger an Haltestellen und und aus Straßen sind verboten.

Semih Sancan
Generaloberst
Kommandant der 2.Armee

Mitteilung Nr.26 im Gebiet Ankara:
Es wurde festgestellt,daß alle studentischen Organisationen, die,unter welchem Namen auch immer in den staatlichen oder privaten Hochschulen,Berufsschulen- und instituten und ähnlichen Einrichtungen in Ankara existieren, schädliche Aktivitäten entfaltet haben. Die Tätigkeiten dieser Organisationen,die die Einheit und den Zusammenhalt unseres Landes unterminieren und den Verantwortungen und den Aufgaben der Studentenschaft fremd sind,werden gemäß Artikel 3 des Gesetzes Nr.1402 für unbestimmte Zeit untersagt.
Der Ausnahmezustandskommandant von Izmir hat in einer Mitteilung die Tätigkeit von TÖS in der Stadt verboten.

Warum Kriegsrecht verhängen?

Aus der Zeitung Cumhuriyet,22.4.71
Ministerpräsident Erim hat erklärt,daß das Gesetz über Kriegsrecht geändert und die Arbeit der Regierung um Ruhe und Ordnung verstärkt wird.

Aus Cumhuriyet,28.4.71
In der gestrigen Sitzung hat die Regierung beschlossen, Istanbul,Kocaeli,Sakarya,Zonguldak,Izmir,Eskisehir,Ankara, Adana,Hatay,Diyarbakir und Siirt als Ausnahmezustandsgebiete zu erklären. Der Regierungssprecher Ismail Arar,Justizminister, hat bereits nach der Sitzung die folgende Erklärung an die Presse gegeben:
Die Regierung hat einen Aufstand gegen das Vaterland und die Republik festgestellt und mit der Zustimmung des Nationalen Sicherheitsrates den Ausnahmezustand erklärt.
Jede Auskunft über den Beschluß hat der Minister abgelehnt. Auf die Frage des THA Reporters,ob der Vorschlag des Beschlusses von dem Nationalen Sicherheitsrat oder von der Regierung kam, könne er keine Antwort geben. Auf eine andere Frage, was die Regierung tun werde,wenn das Parlament den Beschluss ablehnen würde,sagte Arar:"Über die Zukunft sollten Sie sich keine Gedanken machen."

Aus Cumhuriyet von 29.4.1971
Gesternfrüh hat die Regierungssprecher Ismail Arar in der Sitzung der republikanischen Volkspartei (CHP) eine Rede anläßlich des Ausnahmezustandes gehalten. Danach haben die Mitglieder sich entschieden, den Beschluß der Regierung im Parlament zu unterstützen. Er erklärte weiter, daß der Ausnahmezustand auch nur 2-Wochen dauern könne. In seiner Erklärung behauptete er weiter:
" Wir haben ein Kurdenproblem. Man hat festgestellt, daß im Osten in einigen Dörfern moderne Schußwaffen versteckt worden sind. Einen Teil davon hat man bereits gefunden... Die Arbeiterschaft unterstützt uns von Anfang an, aber wegen der Gefahr, daß Leute mit schlechtem Gewissen die Arbeiterschaft mit falschen Erklärungen zum Aufstand bringen könnten, haben wir in Industriegebieten den Ausnahmezustand verhängt."

Welche ehrenvolle Aufgaben haben die bestbezahlten Generäle und deren Regierung zu erfüllen ?

Aus Cumhuriyet von 27. 6. 1971
Wegen der elften Wiederkehr des 27. Mai.1960, Tag der Verfassung und Freiheit, hat der Generalstabschef, Tagmac, den Armeeinheiten ein Schreiben geschickt, mit folgendem Inhalt:
" Jeder kennt die roten Ideologieanhänger, deren Quelle und Unterstützung draußen außerhalb des Landes liegt. Sie wollen unser Vaterland spalten, das uns jahrelang Leben gekostet hat, und die Freiheit, Sitte, Ehre und Bewußtsein unserer Nation verderben und uns in eine Sklaverei umwandeln....
Schließlich hat die türkische Armee dieser tollwütigen Horde ein "Halt" gesagt."

Nationalistische, ja sogar rassistische Großpropaganda, Rechtfertigungsmittel der faschistischen Herrschaft.

Mitteilung Nr. 13 im Gebiet Ankara:
Für die türkische Nation ist offiziell und privat nur ein Bild vorhanden, das überall aufgehängt werden kann. Und das ist das Bild unseres größten Retters Atatürk. Im Herzen und im Traumbild aller, die unserer Nation angehören, kann kein anderes Bild und kein anderer Name Platz haben.
Verehrung der Nationalhymne und der Fahne: Der Befehlshaber des Ausnahmezustandes im Gebiet Diyarbakir und Siirt hat die Verehrung der Nationalhymne und der türkischen Fahne verlangt. In der Mitteilung mit Unterschrift des kommandierenden Gene-

rals Suat Aktulga wird betont, daß die Leute einen entscheidenden Fehler begehen, die beim Erklingen der Nationalhymne und beim Hissen der Flagge nicht eine entsprechende ehrfürchtige Haltung einzunehmen.
Weiterhin wird angeordnet, daß eine Nationalfahne mit äußerster Sorgfalt behandelt werden soll, da eine blasse, aufgeplatzte oder zerknitterte Fahne dem Ansehen unserer Nation beträchtlichen Schaden zufügt.
Mitteilung Nr. 3 im Gebiet Izmir und Umgebung:
Es ist festzustellen, daß es Leute gibt, die mit ihren verrückten Ideen dem Vaterland das Unglück gebracht haben. Solche und andere Personen, die als Staatsbürger keiner Verantwortung bewußt sind, versuchen durch die Presse mit Andeutungen in ein schlechtes Licht zu rücken.
Sie versuchen auch in Cafés, Casinos, Kinos, Bussen , Autos friedliche Mitbürger aufzuhetzen. Ich erwarte von Bürgern eine besonders große Wachsamkeit.

Cemal Süer
Admiral

Nationale Unterdrückung, eine Praxis des Faschismus

Aus Milliyet vom 29. 4. 1971:
Justizminister und Regierungssprecher erklärte auf die Frage von Abgeordneten Mustafa Ok.
Über das Kurdenproblem behauptete Arar, daß Barzani Interessen in der Türkei habe, und daß die Kurden in der Türkei eine kurdische Freiheitspartei begründet haben sollen. Man habe einen Stempel der angeblichen Partei gefunden. Die Linksradikalen sollen sie mit der Parole "Völker der Türkei" unterstützen. Im Osten sollen in 20 Dörfern tschechoslowakische Schußwaffen gefunden worden sein.

Für den Ministerpräsidenten Erim gibt es in der Türkei keine Kurden. Nach seinem Minister Arar aber sind die Kurden sogar schon organisiert??

Eine andere Zielscheibe des Faschismus:
Die fortschrittlichen Kräfte werden für alle Übel dieser Welt verantwortlich erklärt, und als Objekt dargelegt, an denen die Massen ihre Aggressionen entladen können, die wiederum durch die sozio-ökonomischen Lebensbedingungen der bestehenden Gesellschaft hervorgerufen werden.

Aus Cumhuriyet vom 6. 5. 1971:
Wie der Regierungssprecher gestern bekannt gab, wurde durch die Initiative des Ministerpräsidenten Erim bei T.C Merkez Bankasi (Zentralbank) ein Konto eröffnet, worauf von der Regierung bereits 500 000 TL eingezahlt wurden. Damit sollen diejenigen finanziell unterstützt werden, die der Regierung und der Polizei bei Verhaftungs- und Fahndungsaktionen gegen die Linken helfen. Der erste Spender ist ein Millionär aus Samsun, der seinen Namen nicht bekannt gab.

Aus Cumhuriyet vom 27. 5. 1971:
Nachdem die Bilder der Gesuchten an Straßenmauern geklebt worden sind, werden jetzt die Bilder in Kinos gezeigt. Wie bekannt wurde, wird von den Bildern ein Film gedreht und an alle Kinos des Landes verteilt. Dadurch wird von der Bevölkerung große Mithilfe bei der Suchaktion erwartet.

Kann man das alles mit Demokratie vereinbaren?

Aus Cumhuriyet vom 25. 4. 1971:
Der Ex-Generalsekretär der Republikanischen Volkspartei, Ecevit, sagte in einer Rede in Karadeniz Ereglisi: "Falls die Armee nicht eingegriffen hätte, wäre die Regierung Demirels zum Rücktritt gezwungen worden. In demokratischen Ländern kommt man durch die Volksabstimmung zur Macht. Wenn das nicht der Fall ist, kann man nicht von Demokratie sprechen."

Durch Volksabstimmung zur Macht kommen, das ist den Generälen natürlich unbekannt. Ihr Präsident Sunay gibt das am besten zu verstehen:

Aus Cumhuriyet vom 14. 6. 1971:
"Wenn die Nation, das Vaterland oder die durch die Verfassung bestimmte Republik in Gefahr gerät, stellt sich das türkische Militär gegen jede Gefahr, woher sie auch kommen mag, ob von Innen oder Außen oder aber von Fehlern der Politiker, erledigt das Notwendige und kehrt dann wieder zu seiner Hauptpflicht zurück."

Tagtägliche Preissteigerungen bei Lebens- und Genußmitteln verschlechtern die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung erheblich. Die faschistische Herrschaft der Großbourgeoisie vertieft das Elend der breiten Masse.

Aus Ulus vom 23. 6. 1971:
Der Finanzminister S. Naci Ergin sagt:
" Die Bürger sollten sich darauf vorbereiten, nicht über die Teuerungen klagen, sondern ihren Gürtel enger schnallen. Wir befinden uns vor großen inflationistischen Problemen."
Es werden schon Verteuerungen aller wichtigen Verbrauchsgüter gemeldet. Brot, Wasser, Fleisch, Kohle, Gemüse und Obst, Tabakwaren, Fahrgebühren werden unter anderem bis zu 100% teurer.
Und dabei werden die brennenden Probleme, wie Arbeitslosigkeit, Analphabetismus, Industrialisierung usw. von Tag zu Tag akuter.



Brutaler Einsatz der Polizei und des Militärs gegen streikende Textilarbeiter in Adana vor dem 12 März 1971



Premier Erim:
Es ist durchaus möglich, daß die Polizei einige Verdächtige bei der Festnahme grob angepackt hat. Aber die Armee hat damit nichts zu tun. Die Armee hat preußische Tradition. Wir sind hart-aber sauber.
(aus: Stern, 4.7.1971, interview mit Erim)





Die Verhafteten aus allen Bevölkerungsschichten

Über die Zahl der Festgenommenen und Verhafteten liegen keine genauen Angaben vor.Nach inoffiziellen Berichten schätzt man die Zahl auf etwa 7000.Wie die Zeitung Cumhuriyet am 29.5.71 berichtete, wurde vom Kommandanten der Ausnahmezustand in Istanbul erklärt, daß innerhalb eines Monats in Istanbul 930 Personen festgenommen wurden.Und nach Berichten der ZeitungTercüman vom 14.6.71 erklärte der Kommandant von Diyarbakir,daß sich noch 232 Personen in Haft befinden.
Personen werden aus folgenden Gründen festgenommen
1) wegen Lesens der vom Kommandanten verbotenen Bücher (am 13.5.71 meldete die Zeitung Tercüman die Verhaftung des Zahnarztes Dr. Cetin Özülkü und vieler Lehrer.)
2) Verhaftungen auf Grund der Beteiligungen an "schädlichen Aktionen":linke Aktionen,Kritik an der Regierung oder dem Militärregime.
Wie die Zeitung Tercüman berichtete, wurden in Elazig 22 Personen darunter 13 Lehrer, in Bursa 16, in Kütakya 39, in Karanan 12 darunter der Kreisvorsitzende der Lehrergewerkschaft und eine Lehrerin,in Kilis 2 Lehrer, in Nigal der Landesvorsitzende der Lehrergewerkschaft und in Dursunker der Lehrer Kamal Kalafat, der gegen das Kriegsrechtgesetz Kritik geübt hat,festgenommen.
Dazu muß man bemerken, daß in keiner dieser Provinzen bisher das Kriegsrecht verhängt worden ist.Hieraus wird ersichtlich, daß das Kriegsrecht nicht nur in 11 Provinzen, sondern in der ganzen Türkei praktiziert wird.
Die Zeitung Cumhuriyet meldete am 21.5.71 , daß Personen die in Provinzen ohne Ausnahmezustand festgenommen wurden in die Ausnahmebeherrschten Provinzen überführt wueden.
3)Alle diejenigen, die im Zusammenhang mit den Studentenbewegungen bekannt wurden, sind festgenommen worden.
Auf dem Titelseiten der Zeitungen werden die Namen der gesuchten Personen bekannt gegeben.
Meldung der Zeitung Tercüman am 6.5.71:

"In Istanbul werden 161 Personen gesucht"

Am 20.5.71:

"Noch 65 Personen gesucht"

Am 22.5.71:

"141 Personen wurden festgenommen"

4) Teilweise wurden unliebsame Personen in die Gebiete abgeschoben, die vom Ausnahmezustand weniger betroffen sind.
Nach einer Meldung der Zeitung Cumhuriyet vom 28.5.71:

"29 Personen sind aus Ankara ausgewiesen worden."

5) Im Osten der Türkei, in dem die Kurdische Bevölkerung lebt, werden Menschen willkürlich verhaftet, um das Verlangen der Kurdischen Bürger nach ihren verfassungsmäßig garantierten demokratischen Rechte zu ersticken.

Viele Kurdische Dörfer werden auf Befehl der Kommandanten durchsucht und Personen festgenommen.

Diese Berichte wurden der Zeitung Cumhuriyet am 9.5.71 entnommen.

6) Die Entführung des israelischen Generalkonsuls war Anlaß für die Verhaftung unzähliger Personen.

Wie der stellvertretende Ministerpräsident Kocas am 18.5.71 über Rundfunk erklärte:

> "..werden alle Personen verhaftet, die in irgendeiner Beziehung zu Studentenorganisationen stehen. Die Festnahme richtet sich nach seit langen vorbereiteten Listen."

Daraufhin wurden von den Kommandanten Namen veröffentlicht, darunter bekannte Professoren, Schriftsteller, Journalisten, Rechtsanwälte und Gewerkschaftler.

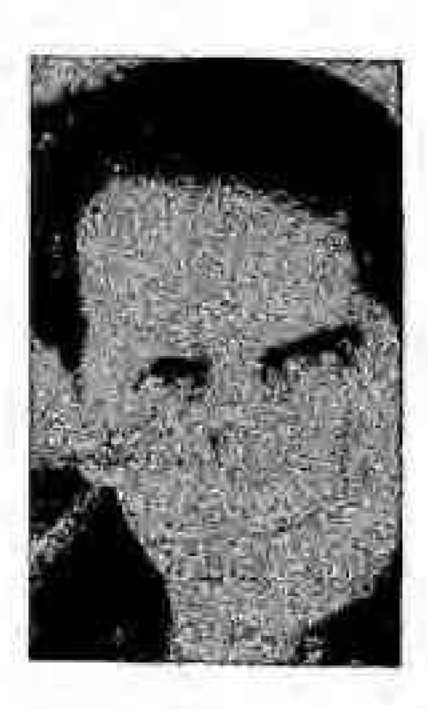
- Prof. Muammer Aksoy an der politwissenschaftlichen Fakultät Ankara (Verfassungsrechtler)
- Prof. Mümtaz Soysal Verfassungsrechtler, Dekan der politwissenschaftlichen Fakultät Ankara
- Prof. T. Zafer Tunaya Verfassungsrechtler an der politwissenschaftlichen Fakultät Ankara
- Prof. Bahri Savci Verfassungsrechtler an der politwissenschaftlichen Fakultät Ankara
- Prof. Sadun Aren Wirtschaftler an der politwissenschaftlichen Fakultät Ankara und Vorstandsmitglied der Türkischen Arbeiterpartei
- Prof. Ismet Sungurbey Universität Istanbul
- Prof. Mukbil Özyörük Verwaltungsrechtler an der Juristischen Fakultät Ankara
- Prof. Mehmet Selik politwissenschaftliche Fakultät Ankara und stellvertretender Vorsitzender der Arbeiterpartei
- Prof. Cetin Özek Strafrechtler an der Juristischen Fakultät Ankara
- Prof. Özer Ozankaya und
- Prof. Mete Tuncay an der politwissenschaftlichen Fakultät Ankara (wegen ihres Buches über Marx verhaftet)

Prof. Cahit Talas an der politwissenschaftlichen
Fakultät Ankara
Prof. Behice Boran Soziologie Professorin und Vorsitzende der Türkischen Arbeiterpartei.
Prof. Ergin Günce an der Technischen Universität Ankara
Prof. Oya Köymen " " " " "
Prof. Yasar Gürbüz " " " " "
Ugur Mumcu Assistent an dem Lehrstuhl für Vwrwaltungsrecht an der Juristischen Fakultät Ankara
Adil Özkol Assistent an dem Lehrstuhl für Verwaltungsrecht an der Juristischen Fakultät Ankara und stellvertretender Generalsekretär der Türkischen Arbeiterpartei
Dogu Perincek Assistent an der Juristischen Fakultät Ankara
E. Gücbilmez, Y. Silier Assistenten an der Technischen Universität Ankara
Kemal Türkler Vorsitzender des progressiven Gewerkschaftbundes (Disk)
Kemal Sülker Generalsekretär von Disk
K. Nebioglu, S. Kaya, H. Güner Vorstandsmitglied von Disk
Saban Erik Vorsitzender der Straßenbaugewerkschaft und Generalsekretär der Türkischen Arbeiterpartei
Fakir Baykurt Schriftsteller und Vorsitzender der Lehrergewerkschaft TÖS
Sait Ciltas,Lehrer, Generalsekretär der Türkischen Arbeiterpartei
Ilhan Selcuk,Journalist der Zeitung Cumhuriyet
Cetin Altan " " " Aksam
Ali Sirmen " " " "
Ilhami Soysal " " " "
Dogan Avcioglu " " " Devrim
Rechtsanwalt C. R. Eyüboyo " "
Altan Öymen dpa, Journalist
T. Cilicoglu D. Özgüden Journalisten
H.Ergun ,Journalist und Vorstandsmitglied der Türkischen Arbeiterpartei
S. Yalcin, M.Sun,Rundfunk-und Fernsehreporter
Rechtsanwälte: H. Celenc , N. Helvaci,(Juristischer Berater der TÖS)
T.Z. Ekinci,K. Burky (frühere Vorstandsmitglieder der Türkischen Arbeiterpartei)



links: Frau Prof. Behice Boran Vorsitzende der Arbeiterpartei

rechts: Fakir Baykurt Vorsitzender der türkischen Lehrergewerkschaft



Turhan Selcuk, Karikaturist
Yasar Kemal, Schriftsteller
Fazel H. Daglarca, Dichter
Yilmaz Güney, Schauspieler

Jetzt droht die Regierung mit der Entlassung aller festgenommenen Professoren und Lehrer.

Im Zusammenhang damit berichtete die Zeitung Hürriyet am 6.6.71, daß 300 Hochschullehrer entlassen werden sollen. Als erster wurde davon Prof. Dr. Cetin Özek Strafrechtler an der Universität Istanbul betroffen. Der Anlaß seiner Entlassung war ein Vortrag in London über die faschistischen Paragraphen 141/142 des Türkischen Strafgesetzbuches:

> Die Artikel 141/1 und 142_1 StGB wurden von den Artikeln 270 und 272 des faschistischen italienischen StGb von 1930 wörtlich ins Türkische übersetzt und in das türkische Strafrecht 1936 übernommen.
>
> Artikel 141, Abs. 1
>
> Diejenigen, die auf irgendeine Art und Weise oder unter irgendeinem Namen, versuchen Vereinigungen zu gründen, oder tatsächlich gründen, oder ihre Tätigkeiten ordnen oder leiten, oder beraten, um die Herrschaft einer sozialen Klasse über eine andere soziale Klasse zu begründen, oder eine soziale Klasse zu beseitigen oder irgendwelche bestehenden sozialen oder wirtschaftlichen Grundordnungen im Lande zu stürzen, werden zu 8 bis 15 Jahren schwerer Gefängnisstrafe verurteilt.
>
> Artikel 142, Abs. 1
>
> Derjenige, der auf irgendeine Art und Weise Propaganda treibt, um die Herrschaft einer sozialen Klasse über eine andere soziale Klasse zu begründen, oder eine soziale Klasse zu beseitigen oder irgendwelche bestehenden sozialen oder wirtschaftlichen Grundordnungen im Lande zu stürzen, oder die politischen und rechtlichen Ordnungen total zu zerstören, wird zu 5 bis 10 Jahren schwerer Gefängnisstrafe verurteilt.

Es wird behauptet, daß er in diesem Vortrag, einer Analyse der Paragraphen, kommunistische Propaganda betrieben hätte.

5. VERSUCHE, DIE VERFASSUNG ZU ÄNDERN UND IHRE HINTERGRÜNDE

Einleitung

Das 1961 in Kraft getretene Grundgesetz hatte die demokratischen Grundrechte und - freiheiten erheblich erweitert(ausdrückliche Garantie der Grundrechte und - freiheiten, Verfassungsgericht, Streikrecht u.a.). Das stürmische Anwachsen der progressiven Kräfte war die Folge der 60 iger Jahre in der Türkei. Die progressiven Kräfte, die TIP (Arbeiterpartei der Türkei), TÖS (Türkische Lehrergewerkschaft), DISK (revolutionäre Gewerkschaftskonföderation) und andere, zeigten bei ihren Bemühungen für die Verwirklichung der Grundrechte und -freiheiten, daß sie sowohl politisch als auch organisatorisch erstarkt waren. Zugleich bewirkte die wirtschaftliche Entwicklung in der Türkei, daß die Großbourgeoisie die politische Macht übernahm.

Durch das Militärregime ist es nun den reaktionären Kräften gelungen, durch eine große Anzahl von einschneidenden Grundgesetzänderungen mit der Demokratie in der Türkei aufzuräumen. Es ist unter anderem die Arbeiterpartei der Türkei, die die im Grundgesetz verankerten demokratischen Rechte verteidigt und um ihre Erhaltung kämpft.

Die wichtigsten Grundgesetzänderungen sind:

- Die Zuständigkeit der Gesetzgebung und der richterlichen Gewalt wird auf die vollziehende Gewalt übertragen.
- Die Autonomie des Türkischen Rundfunk und Fernsehens und die wissenschaftliche Autonomie der Universitäten wird aufgehoben.
- Die Regierung ist zuständig, Verbände und Gewerkschaften zu schließen, ohne daß der Beschluß der dafür zuständigen Institutionen vorliegt.
- Die Einführung einer Institution für "Vorverhaftung".
- Der neue Entwurf für den Ausnahmezustand sieht vor:
  - völlige Zensur der Massenmedien.
  - die Zuständigkeit einen Streik beliebig lang aufzuschieben.

- die Zuständigkeit jegliche Versammlung und Demonstration zu verbieten.
- Die Beibehaltung der Ausnahmegerichte auch nach einer eventuellen Aufhebung des Ausnahmezustandes.
- Erhöhte Strafen für Delikte, die während des Ausnahmezustandes begangen wurden.

Im folgenden wird anhand des vom Militärregime vorgelegten Entwurfs zur Grundgesetzänderung und mit Hilfe von Zeitungsartikeln eine Dokumentation zusammengestellt, die über das Vorhaben des Militärregimes informiert.

D o k u m e n t a t i o n

Allgemein über die vorgesehenen Grundgesetzänderungen

Aus der liberalen Zeitung Cumhuriyet vom 2.Mai.1971

Ministerpräsident Erim:

"Die heutige Verfassung ist für die Türkei ein Luxus.Die Türkische Verfassung vom 1961 ist noch liberaler als die Verfassungen der meisten europäischen Länder. Die Türkei kann sich einen solchen Luxus nicht leisten. Es wird deshalb eine Verfassungsänderung notwendig, die die Grundrechte sichert und auch jeglichen Mißbrauch dieser Grundrechte bekämpft."

Aus der gleichen Zeitung vom 2.Juni.1971

EINE INSTITUTION FÜR 'VORVERHAFTUNG' WIRD EINGEFÜHRT

DIE AUTONOMIE DES TÜRKISCHEN RUNDFUNK UND FERNSEHENS WIRD AUFGEHOBEN. DIE GRUNDRECHTE UND -FREIHEITEN KÖNNEN DURCH GESETZE EINGESCHRÄNKT WERDEN.

Der Entwurf der Regierung über die Grundgesetzänderung wurde gestern im Parlament den politischen Parteien überreicht...

Es wurde bekannt, daß der Änderungsentwurf Artikel 37 des Grundgesetzes betrifft und darunter Einschränkungen vorsieht, die die Pressefreiheit, die Autonomie des Türkischen Rundfunk und Fernsehens berühren.

DIE ÄNDERUNGEN

Die vorgesehenen Änderungen beginnen mit dem zweiten Abschnitt über die 'Grundrechte und -freiheiten'. Die zehn Artikel vor diesem Abschnitt sind nicht angetastet.

Es wurde betont, daß die Änderungen, die die Grundrechte und -freiheiten betreffen, sich in folgender Weise manifestieren werden; erstens, daß den Artikeln das Prinzip 'der Einheit des Vaterlandes und der Unteilbarkeit des Volkes' hinzugefügt wird,und zweitens, daß die Grundrechte und -freiheiten nötigenfalls durch Gesetze eingeschränkt werden können. In diesem Sinne wird die Institution der Vorverhaftung eingeführt, wobei der verhafteten Person eine Entschädigung zugesprochen wird, falls sie vom Gericht freigesprochen wird.

DIE AUTONOMIE DES TÜRKISCHEN RUNDFUNK UND FERNSEHENS WIRD AUFGEHOBEN

In dem Entwurf der Regierung wird die Autonomie der Universität als 'wissenschaftliche Autonomie' eingeschränkt. Diese kann aber weiter eingeschränkt und die Universität dem Kultusministerium unterstellt werden, wenn das Kabinett einen Mißbrauch feststellt. In dem Änderungsentwurf ist die Autonomie des Türkischen Rundfunk und Fernsehens völlig aufgehoben

Ebenso erfahren die Artikel über die Pressefreiheit Änderungen und es werden verschiedene Einschränkungen eingeführt. Der Artikel, daß Drucksachen wie Zeitschriften und Zeutungen nur auf richterlichen Beschluß beschlagnahmt werden, wird aufgehoben.Die Entscheidung für die Beschlagnahme wird den 'Verantwortlichen Instanzen' überlassen. Die die Presse betreffenden Angelegenheiten sollen durch ein gesondertes Gesetz geregelt werden. In dem Änderungsentwurf wird die Organisation der hohen Gerichte neu geregelt. Das Prinzip, daß die Mitglieder dieser Gerichte durch das Parlament gewählt werden, ist dabei aufgehoben.

DAS STREIKRECHT

Die Artikel des Grundgesetzes vom 1961, die das Streikrecht betreffen, werden eingeschränkt..."

Der Tagesspiegel vom 9.6.1971

"VOR VERFASSUNGSÄNDERUNGEN IN DER TÜRKEI

Die türkische Regierung strebt eine größere verfassungsmäßige Machtfülle zur Bekämpfung des zunehmenden politischen Radikalismus an. Ministerpräsident Erim unterbreitete dem Volk gestern in einer Rede über Rundfunk und Fernsehen Vorschläge für eine einschneidende Änderung der Verfassung, die unter anderem die Grundrechte einschränken würde. Einer Verwirklichung dieses Vorhabens werden von politischen Beobachtern gute Chancen eingeräumt.

Die Vorschläge Erims sehen Möglichkeiten für die Einsetzung von Sondergerichten in Ausnahmesituationen vor. Ferner soll die Regierung das Recht erhalten, Gesetze auf dem Verordnungswege zu erlassen, die erst nachträglich vom Parlament gebilligt werden müßten. Auch soll es der Exekutive erleichtert werden, das Ausnahmerecht zu verkünden. Zudem wünscht die Regierung eine stärkere Kontrolle von Gewrkschaften, Universitäten, der Presse und des staatlichen Rundfunks..."

Änderungsvorschläge im einzelnen:

Artikel 11 Kern der Grundrechte

Grundgesetz vom 1961

"Die Grundrechte und -freiheiten können durch Gesetz nur nach Maßgabe des Wortlautes und Sinnes des Wortlautes und Sinnes der Verfassung eingeschränkt werden.

Kein Gesetz darf ein Grundrecht oder eine Grund-freiheit in ihrem Kern antasten, auch nicht mit Rücksicht auf das öffentliche Wohl, die allgemeinen Sitten, die öffentliche Ordnung, die soziale Gerechtigkeit, die nationale Sicherheit oder aus ähnlichen Gründen."

Entwurf des Militärregimes

"Das Gesetz darf ein Grundrecht oder eine Grundfreiheit in ihrem Kern antasten, wenn es eine allgemeine Gefahr für das öffentliche Wohl, die öffentliche Ordnung, das türkische Staatsgebiet, die allgemeinen Sitten, die türkische Nation vorliegt."

Artikel 13 Stellung der Ausländer

Grundgesetz vom 1961

"Die in diesem Teil vorgesehenen Rechte und Freiheiten können für Ausländer nach Maßgabe des Völkerrechts durch Gesetz eingeschränkt werden."

Entwurf des Militärregimes

"Diese Rechte und Freiheiten dürfen nicht in der Art und Weise beansprucht werden, daß dadurch ein Sprachen-, Rassen-, Klassen-, Religions- oder Konfessionskrieg entfacht oder das Prinzip der 'Einheit des Vaterlandes und derUnteilbarkeit des Volkes' verletzt wird.

Artikel 22 Pressefreiheit

Grundgesetz vom 1961

"Die Presse ist frei; sie darf nicht zensiert werden.

Die Presse- und Unterrichtungsfreiheit kann nur zum Schutze der nationalen Sicherheit oder der allgemeinen Sitten, zur Verhütung von Angriffen gegen die Würde, Ehre und Rechte der Person, zur Verhinderung der Aufhetzung zur strafbaren Handlungen und Sicherung einer zweckentsprechenden Erfüllung der richterlichen Aufgaben durch Gesetz eingeschränkt werden...

Die Beschlagnahme der in der Türkei erscheinenden Zeitungen und Zeitschriften kann nur im Zusammenhang mit strafbaren Handlungen durch Gerichtsbeschluß erfolgen."

Entwurf des Militärregimes

"Die Presse- und Unterrichtungsfreiheit kann für die Verteidigung der Einheit des Staats und des Volkes, der öffentlichen Ordnung, der nationalen Sicherheit oder der allgemeinen Sitten ... durch Gesetz eingeschränkt werden...

Die Beschlagnahme kann durch die zuständigen Institutionen erfolgen...

Artikel 46 Recht auf Gründung von Arbeitnehmer-Arbeitgeberverbände

Grundgesetz vom 1961

"Arbeitnehmer und Arbeitgeber besitzen das Recht, ohne vorherige Erlaubnis Verbände, Gewrkschaften und Konföderationen zu gründen..."

Entwurf des Militärregimes

"Arbeitnehmer und Arbeitgeber besitzen das Recht Verbände, Gewerkschaften oder Konföderationen zu gründen. Diese Recht kann für die Verteidigung der Einheit des Staatsgebietes und des Volkes, der nationalen Sicherheit, der öffentlichen Ordnung oder der allgemeinen Sitten durch Gesetz eingeschränkt werden..."

Artikel 124 Ausnahmezustand

Entwurf des Militärregimes

"Das Kabinett kann in den Fällen des Krieges, der drohenden Kriegsgefahr, eines Aufstands oder , wenn deutliche Anzeichen für eine gegen das Vaterland und die Republik gerichtete aktive Bewegung vorliegt, für die Dauer von höchstens einem Monat in einer oder mehreren Provinzen des Landes oder überall den Ausnahmezustand verkünden.

Er hat dies unverzüglich der Türkischen Nationalversammlung zur Bestätigung mitzuteilen. Die Versammlung kann, wenn sie es für geboten hält, die Dauer des Ausnahmezustandes verkürzen oder ihn ganz aufheben...

Welche Vorschriften im Falle des Ausnahmezustandes oder allgemein während eines Krieges anzuwenden sind, in welcher Weise die Geschäfte zu führen, die Freiheiten einzuschränken oder zu entziehen sind, wird durch ein Gesetz geregelt."

7. DER DEMOKRATISCHE WIDERSTAND GEGEN DAS MILITÄRREGIME

Der Widerstan des Volkes gegen den Faschismus hat schon begonnen. Unter schweren Terrormaßnahmen der türkischen Polizei und Armee erfaßt der Widerstand alle Schichten der Bevölkerung von Arbeitern und Bauern bis zum Hochschullehrer.
Schon an den ersten Tagen nach dem 12. März leistete die Arbeiterpartei großen Widerstand gegen das Eingreifen des Militärs. Als die Säuberung in der Armee anfing, indem die progressiven Offiziere diminiert wurden, versuchte der Staatspräsident Sunay diese Handlungsweisen dadurch zu rechtfertigen, daß andere Meinungen nicht geduldet würden. Daraufhin leistete die Partei ersten Widerstand und forderte den Staatspräsidenten auf, sich wieder in die Grenzen der Verfassung zurückzuziehen. Später, als Erim zum neuen Ministerpräsidenten ernannt wurde, zeigte die Arbeiterpartei, daß auch diese Regierung nicht anders ist, als die Regierung Demirels.
Auch die Sozialdemokraten zeigten großen Widerstand. Der Generalsekretär der republikanischen Volkspartei Bulent Ecevittrat aus Protest zurück, da der Vorsitzende der Partei Inönü die neue Regierung unterstützte. Ecevit sagte in seiner Rücktrittserklärung:

> "Das Eingreifen des Militärs ist ähnlich dem griechischen Modell und wird bei uns sogar noch raffinierter und geschickter ausgeführt."

Ecevit analysierte die Lage der Türkei und sagte weiter:

> "Die Kommandeure können guten Willens sein, aber da sie von den feinen politischen Spielereien nichts verstehen, geraten sie in die heutige Lage. Meiner Meinung nach ist dieses Eingreifen der Militärs ein Schlag auf die Links-Mitte-Politik."

Wegen dieser Erklärung wurde gegen Ecevit ein Verfahren eingeleitet, da er damit dem Ansehen des Militärs Schaden zugefügt haben soll. (Cumhuriyet 22.3.71 und 23.3.71)

Gegen die Regierung und die Reformvorschläge Erims, die von dem amerikanischen Imperialisten, Nato und EWG vorbereitet sind (nach ECEVIT), leisteten alle Organisationen wie z.B. Lehrergewerkschaften (TÖS und Ilk-Sen), Arbeitergewerkschaften DISK, Angestellten- und Beamtengewerkschaften Per-sen, und noch viele andere Widerstand. Nachdem das Kriegsrecht verhängt wurde, ging der Widerstand unter einer großen Terror- und Verhaftungswelle weiter. Besonders groß war der Widerstand unter der Arbeiterschaft. Wie Erim sagte, war die Notwendigkeit der Verhängung des Kriegsrechts laut Verfassung in vielen Provinzen nicht gegeben. Trotzdem wurde es verhängt, weil in diesen Provinzen die Arbeiterbewegung so stark war (T. Kurtulus Nr.34). Die Kommandeure gingen mit großen Terrormaßnahmen gegen die Arbeiterschaft vor. Die Streiks wurden verboten und die Tarife wurden unter

Druck des Militärs beschlossen. So wurden

1. die Eisenbahnerstreiks für 2 Monate aufgeschoben (Cumhuriyet 4.6.71),
2. die Metallarbeiterstreiks in staatlichen Betrieben von Ankara und Umgebung für 2 Monate aufgeschoben (Cumhuriyet 21.5.71),
3. die Chemiearbeiterstreiks in Mersin für 2 Monate aufgeschoben (T. Kurtulus Nr. 36).

Der Grund für die Aufschiebung dieser Streiks ist: Sie sind gegen nationale Interessen der Türkei.
Außerdem wurden sehr viele Arbeiter willkürlich entlassen, besonders die Arbeiter, die Widerstand geleistet haben, wie z.B. aus Protest den Arbeitsablauf zu verzögern. Als die Zahl der Entlassenen auf 7ooo anstieg (offiziel angegebene Zahl 2200), begann unter den Arbeitern große Unruhe. Diese Unruhe spiegelte sich in einem Telegramm des Generalsekretärs des Gelben Gewerkschaftsbundes Tunc an den Ministerpräsidenten. Herr Tunc ist ein Gewerkschaftler, der nur in Zeiten spontaner Bewegung in der Arbeiterschaft auf seiten der Arbeiterklasse ist, sonst ist er auf der Seite der Arbeitgeber zu finden.

Ulus, 21. 6. 71
Tunc: "Bei dieser Einmischung kann die Türkische Arbeiterbewegung nicht lautlos zusehen."
Der Generalsekretär der Konföderation der türkischen Arbeitergewerkschaften (Türk-is) gab eine Presseerklärung, in der er unter anderem sagte:

> "Die Arbeiter, die mit 750 Lira eine durchschnittlich 5-köpfige Familie zu unterhalten haben, schaffen ein Wunder und werden tagtäglich unter dieser Last erpreßt . . . Der türkische Arbeiter ist entschlossen, im Rahmen der durch die Verfassung verankerten Rechte und Freiheiten sich zu organisieren und Aktivitäten auszuüben. Die Arbeiterklasse ist in der Lage, jeden Versuch im Keime zu zerstören, der beabsichtigt, den Rahmen der Verfassung zu verengen, wodurch die Rechte und Freiheiten der Arbeiterklasse beschnitten werden. Die türkische Arbeiterschaft ist nicht mehr die, die die Politiker um die Gabe ihrer Rechte bittet, hilflos dasteht und schwach ist. Sie weiß genau um ihre Rechte und Freiheiten in der Gemeinschaft und sie ist vorbereitet, um von diesen Rechten und Freiheiten Gebrauch zu machen."

Von einem gelben Gewerkschaftler so etwas zu hören, zeigt, wie groß der Widerstand unter der Arbeiterschaft ist.
Sehr viele Arbeitgeber bezahlten die Löhne der Arbeiter monatelang nicht, wobei sie Unterstützung bei den Kommandeuren des Kriegsrechts fanden. Der Vorsitzende der Automobilgewerkschaften, deren Mitglieder 2 Monate lang ihre Löhne nicht bekamen, protestierte schäftstens gegen die Zusammenarbeit zwischen Arbeitgebern und Kommandeuren (T. Kurtulus Nr. 36).

Auch der Generalsekretär des gelben Gewerkschaftsbundes protestierte gegen die offene Unterstützung der Arbeitgeber durch die Generäle (Türkijede Kurtulus Nr. 35). Wände und Häuser wurden mit Protestplakaten gegen die Militärdiktatur beklebt. So wurden z.B. 1.) in Istanbul 3 Arbeiter festgenommen, als sie Parolen an die Wände schrieben, 21.5.71 Cumhuriyet; 2.) in Izmir 3 Lehrer und 7 Studenten festgenommen, als sie an Bäumen Plakate klebten, 22.6.71 Tercumen.
Im Busbahnhof von Ankara wurden Jugendliche festgenommen, die die Bevölkerung über das Militärregime aufklärten.
Die Zeitung Cumhuriyet meldete am 21.5.71, daß sich auf dem Bahnhof eine Menge Volk versammelt hatte, um gegen die Festnahme von 62 Genossen (26 Lehrer, 11 Gymnasiasten, 2 Rechtsanwälte, 16 Kleinhändler und 7 Arbeiter) zu protestieren.

Der Widerstand erfaßt alle Bevölkerungsschichten

Der Widerstand erfaßte dann schließlich alle Bevölkerungsschichten, als die Regierung neue Steuer- und Preiserhöhungen erließ. Die Preise stiegen überall zwischen 95 und 100 %. So wurden z. B. Brot 75 % teurer, Busfahrkarten 100 % teurer usw. Alle Dienstleistungen vom Frisieren bis zu Hotelübernachtungen wurden versteuert. In allen Bevölkerungsschichten wurden Stimmen laut wie "es genügt, es reicht" usw. Einige Schlagzeilen auch von den rechtsstehenden Zeitungen Tercuman und Hurriyet: "Preissteigerung bis zum höchsten Grad". "Die Fahrpreiserhöhung traf den Bürger wie ein Busunglück". "Von Kopf bis Fuß alles versteuert".
Die Aussagen eines Arbeiters, eines Fahres und eines Schülers über Preiserhöhungen, Hurriyet vom 11.6.71.
Arbeiter Fersat Evkan: "Diese Preisaufschläge sind hoch, sogar sehr hoch. Ein Arbeiter, der in der Woche 60 Lira (15 DM) verdient, geht kaputt."
Der Fahrer Terfik Ilhan: "Das ist wirklich sehr viel. 5 Lira Fahrgeld am Tage . . . kann keiner von Bagmalaler (Arbeiterviertel von Istanbul) bezahlen."
Schüler Cemal Holiloglu: "Für einen Schüler, der 2 Lira Taschengeld am Tage bekommt, besteht die Möglichkeit, entweder zu fahren und zu hungern oder die Verkehrsmittel nicht zu benutzen und nicht zu hungern.
Massiven Widerstand jedoch leisteten und leisten alle Organisationen und progressiven Kräfte gegen die Versuche der Regierung die Verfassung zu ändern. Mit der Verfassungsänderung will die Regierung alle

demokratischen Grundrechte, wie Streik- und Versammlungsrecht, Presse- und Meinungsfreiheiten, sowei die Autonomie der Universität und Rundfunkanstalten und die überparteilichkeit der Gerichte aufheben. Gleichzeitig wird der Regierung die Macht gegeben, jederzeit Ordnungen und Verordnungen zu erlassen, die Gesetzescharakter haben.
Außerdem hat Erim bekanntgegeben, daß er für die Verfassungsänderung den französischen Professor Douverger nach Ankara eingeladen habe. Dagegen protestirten sehr viele Verfassungsrechtler und Professoren wie Prof. Muammer Aksoy, Prof. Bahri Savci, Prof. Zafer Tunaya, Prof. Mümtaz Soeyal, Prof. Nuri Eser, Prof. M. Özyörük, die schon an der Erarbeitung der heutigen Verfassung der Türkei von 1961 beteiligt waren.
Da Erim weiß, daß diese Professoren großen Einfluß auf die Öffentlichkeit haben, lud er sie zwecks Erörterung der Verfassungsänderung zu sich ein. Von diesem Gespräch wurde nichts bekannt. Wie die Zeitung Cumhuriyet vom 9.5.71 berichtet, sollen sich die Professoren gegen eine Verfassungsänderung ausgesprochen ahben. Bei Betrachtung dieser Tatsachen kann man sich erklären, daß am 19.5.71, 10 Tage nach dem Besuch beim Ministerprädidenten, alle diese Professoren verhaftet wurden. Für die Verhaftung wurde die Entführung des israelischen Generalkonsuls als Anlaß genommen: Die Professoren sollen die Studenten in diese Aktionen gehetzt haben. Nach der Verhaftung beschleunigte Erim die Verfassungsänderung. Sie soll bis Ende Juli abgeschlossen sein. Aber sehr viele Organisationen, Professoren, Arbeiter und Studenten protestieren gegen die Verfassungsänderungen, obwohl sie mit Verhaftung und Terror bedroht sind.
Der Senat der Universität Ankara (18.6.71 Cumhuriyet), der Vorsitzende der Assistentengewerkschaft Dr. Gürsoy (23.6.71, Cumhuriyet), die Vollversammlung der Juristischen Fakultät von Ankara (24.6.71 Cumhuriyet der Rektor der Universität Izmir Prof. Ulnöz (15.6.71), Journalistengewerkschaft (15.6.71), Lehrergewerkschaft (27.5.71), der Vorsitzende der Volkskulturcenter, Kadri Kaplon (27.5.71), der stellvertretende Vorsitzende der Arbeiterpartei Sakan Yeldiz und viele Organisationen protestierten mit ihren Presseerklärungen, Versammlungen und Flugblättern gegen die Verfassungsänderung.
Nach der Erklärung von Erim am 1.7.71 (Cumhuriyet) zeigt es sich deutlich, daß der Widerstand und die Unruhe des Volkes wachsen. In der Türkei sollen am 10.10.71 Senats- und Zwischenwahlen für das Türkische Parlament stattfinden.
Erim erklärte Journalisten, daß die wahlen aufgeschoben würden, da die heutige Situation im Lande Wahlkampagnen nicht zuließen.

Widerstand von Offizieren

Obwohl die Armee faschistische Züge angenommen hat, gibt es doch noch progressive Kräfte in ihr. Unter den jungen Offizieren existiert eine Gruppe, die antiimperialistisch ist und sich für die legitimen Bedürfnisse des Volkes einsetzt. Diese Gruppe steuert einen Reformkurs an und leistet unter den schwersten Bedingungen tapferen Widerstand gegen die vom amerikanischen Imperialismus gesteuerten Generäle. Ihre Arbeit ist besonders schwer, da sie in jeder Minute mit dem Feind direkt konfrontiert ist. Die Offiziere, die Widerstand leisten, werden sofort entweder in kleinere Dörfer versetzt, wo sie von den Massen getrennt sind, daher ihre Aktivitätsmöglichkeiten entschieden verringert werden, oder sie werden überhaupt aus dem Militär entlassen. Bei den massenhaften Hausdurchsuchungen werden auch die Häuser der fortschrittlichen Offiziere nicht verschont. Obwohl eine große Anzahl von fortschrittlichen Offizieren entlassen und verhaftet worden ist, ist doch die Gruppe noch sehr groß, so daß sie der Generalität ein Dorn im Auge ist - ja, die Generäle haben förmlich Angst vor der Gruppe der progressiven Offiziere.

Widerstand von Lehrern

Unter den progressiven demokratischen Kräften in der Türkei bilden die Lehrer eine der stärksten Gruppen. Wegen der großen aufklärerischen Möglichkeiten, die Lehrer im Volk haben, wurden sofort nach Verhängung des Kriegsrechts die beiden Lehrergewerkschaften TÖS und ILKSEN, die über 150 000 Mitglieder haben, von dem faschistischen Regime geschlossen und der Vorsitzende der Gewerkschaft TÖS, Fakir Baykurt,verhaftet. Inzwischen wurden sehr viele Gewerkschaftsfunktionäre und Lehrer verfolgt und festgenommen. Aber der Widerstand der Lehrer geht weiter. Unter schwersten Bedingungen leisten sie im Volke Aufklärungsarbeit über bevorstehende Verfassungsänderungen und über Ausschreitungen der Militärdiktatur. Für die tiefe Entschlossenheit, dieses faschistische Regime nicht hinzunehmen, steht die Aktion des Lehrers Adil Kartal, Mitglied der Lehrergewerkschaft TÖS:
Frankfurter Rundschau vom 6. 5. 71:

"Der 27jährige Türke Adil Kartal hat sich am Dienstag in Bursa, 100 km südlich von Istambul, mit Benzin übergossen und aus Protest gegen das Kriegsrecht selbst verbrannt. Wie die Polizei mitteilte, hatte der junge Mann vor seinem Selbstmord mehrere Minuten vor

einem Denkmal des Gründers der modernen Türkei, Kemal Atatürk, gestanden, ehe er sich anzündete. Augenzeugen berichteten von einem Flugblatt, auf dem gestanden habe: "Ich töte mich im Namen der Sozialistischen Jugend, um gegen Imperialismus, Faschismus und Kapitalismus zu protestieren."

DER WIDERSTAND IM AUSLAND

Als Teil dieses demokratischen Widerstandes in der Türkei haben türkische Arbeiter, Studenten, Lehrer, Assistenten, Sozialisten und Demokraten in Westberlin die "Union für eine demokratische und freie Türkei" gegründet, um ihre antifaschistische Kampagne gemeinsam zu führen. Die UDFT wird die Weltöffentlichkeit über die politische Entwicklung in der Türkei informieren, mit Flugblättern, Vorträgen, Plakaten, Ausstellungen und Versammlungen.
Wir rufen alle Demokraten auf, sich mit uns zu solidarisieren und als ersten Schritt Protest-Telegramme an den Türkischen Staatspräsidenten zu schicken.
Wir geben einige Beispiele von erfolgten Protesten:
An den Staatspräsidenten der Türkei, Cevdt Sunay, Cankaya-Ankara

> "Wir protestieren gegen die Abschaffung der Demokratie durch das Militärregime in der Türkei. Wir fordern in Solidarität mit türkischen Demokraten die Aufhebung des Ausnahmezustandes die Freilassung von Frau Behice Boran, Vorsitzenden der Türkischen Arbeiterpartei (TIP), sowie aller politischen Gefangenen und die Abschaffung der Pressezensur. Wir fordern die Unterlassung aller Versuche, die Verfassung zu ändern."

Humanistische Union/Landesverband Berlin, verabschiedet vom Vorstand am 23.6.71.

An den Staatspräsidenten . . .

> "Wir protestieren gegen die Unterdrückung der demokratischen Kräfte in der Türkei. Wir fordern: die sofortige Herstellung der Meinungsfreiheit, des Streikrechts, die Abschaffung der Notstandsgesetzgebung, und die Freilassung aller politischen Gefangenen, Arbeiter, Gewerkschaftler und Angehörige der Intelligenz."

Neue Gesellschaft für bildende Kunst, verabschiedet von d. Hauptversammlung am 25.6.71, aufgegeben am 29. 6. 71.

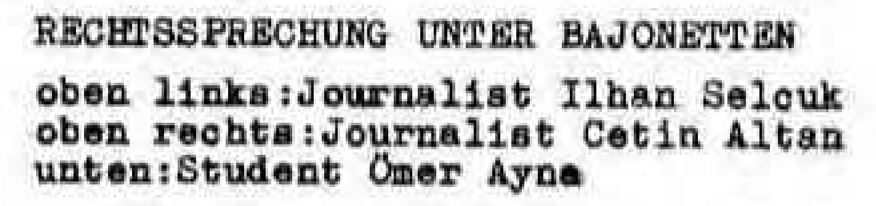
An den Staatspräsidenten . . .

> "Wir protestieren gegen den faschistischen Terror des Militärregimes in der Türkei. Wir fordern in Solidarität mit den türkischen Demokraten und Sozialisten die Aufhebung des Kriegsrechts, die Freilassung von Frau Behice Boran, Vorsitzende der TIP, und aller politischen Gefangenen. Wir fordern die Unterlassung aller Versuche, die Verfassung zu ändern."

Sozialistischer Frauenbund Westberlin, verabschiedet vom Plenum am 24.6.71.







RECHTSSPRECHUNG UNTER BAJONETTEN

oben links:Journalist Ilhan Selcuk
oben rechts:Journalist Cetin Altan
unten:Student Ömer Ayna